

Antrag 177/I/2019

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme 176/I/2019 (Kein Konsens)

Unverzügliche Umsetzung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz von Bürger*innenrechten!

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die
2 SPD-Abgeordnetenhausfraktion werden aufgefordert, die
3 getroffenen und noch offenen Vereinbarungen des Koali-
4 tionsvertrages im Kapitel „Öffentliche Sicherheit und Bür-
5 gerrechte für Berlin“ unverzüglich umzusetzen. Weiterhin
6 werden sie aufgefordert, keiner weiteren Verschärfung
7 des ASOG zuzustimmen.

8

9 Begründung

10

11 Die Umsetzung der Vorhaben des Kapitels „Öffentliche Si-
12 cherheit und Bürgerrechte für Berlin“ des Koalitionsver-
13 trags stockt seit vielen Monaten. Es ist an der Zeit, die vie-
14 len fortschrittlichen Vereinbarungen endlich in die Praxis
15 zu überführen. Auf tragische Weise hat z. B. der Fall der
16 getöteten Fabien gezeigt, wie wichtig und notwendig die
17 Schaffung des Amtes einer oder eines Beauftragten für die
18 Landespolizei ist. Ebenso hakt es an allen Ecken und Enden
19 bei der Reform der Polizeidatenbanken.

20

21 Der Koalitionsvertrag hat eine gute Balance gefunden,
22 zwischen einer deutlichen Stärkung der Polizei sowie der
23 Wahrung der Bürger*innenrechte. In diesem Geiste soll-
24 te auch von unnötigen Verschärfungen des ASOG abge-
25 sehen werden. Den falschen Wettlauf mit Populist*in-
26 nen wird man dadurch nicht gewinnen. Viel wichtiger ist
27 es, das Berlin eine Vorreiter*innenrolle einnimmt wenn
28 es darum geht, die Freiheitsrechte der Bürger*innen zu
29 schützen und gleichzeitig für ihren Schutz und Sicher-
30 heit durch eine gut ausgestattete Polizei zu sorgen. Die-
31 se Chance bieten die Vereinbarungen des Koalitionsver-
32 trages, die es vollständig umzusetzen gilt.

33

34

35

36

37

38

39